SVP Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Jetzt Mitglied werden unter svp.ch/mitglied

November 2026

Heiratsstrafe abschaffen – aber richtig!

Seite 11



Für Sicherheit und Arbeitsplätze: Ja zum KMG!

Seite 13



«Staatsmann und Freund»: Würdigung Bundesrat Guy Parmelin

Seite 15



Linker Raubzug aufs Portemonnaie der Bürger –



NEIN zur MwSt-Erhöhung

AZB, 3001 Bern Post CH AG, SVP Schweiz, Generalsekretariat, Postfach
Preis Fr. 35.– jährlich – erscheint sechs Mal jährlich – 47'054 Expl.
svp.ch – klartext@svp.ch – November 2026
Gestaltung Klartext: GOAL AG, Bildmaterial teilweise KI-generiert.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Mehr Schweiz – mehr SVP!

Voller Einsatz für unsere Demokratie: Wir sammeln wahrscheinlich ab Januar Unterschriften gegen den EU-Unterwerfungsvertrag. Und ein Jahr vor den Wahlen gilt: Nur eine starke SVP schützt unser Land vor den Schweiz-Zerstörern.

Die kantonalen Wahlen zeigen: Die SVP legt überall zu. Wir haben 68 Sitze in den Kantonsparlamenten gewonnen. Warum ist das so? Die Schweizerinnen und Schweizer machen sich grosse Sorgen um unser Land – um die unkontrollierte Migration, das Asyl-Chaos und die Zukunft unserer freien und unabhängigen Schweiz. **Die Menschen wählen SVP, weil wir ihre Sorgen ernst nehmen.**

Beim EU-Unterwerfungsvertrag geht es um nichts weniger als um unsere Selbstbestimmung und unsere Volksrechte. Wer bestimmt, wohin die Reise geht: wir Schweizerinnen und Schweizer – oder EU-Kommissare, EU-Richter und EU-Bürokraten? **Die linken und heimatmüden Schweiz-Zerstörer scheuen die demokratische Debatte.** Sie wollen keine Volksabstimmung mit Ständemehr. Sie wollen Volk und Kantone entmachten und unser Land in die EU führen.

Eine Mehrheit im Bundeshaus will den EU-Vertrag am Volk vorbeischmuggeln. Das lassen wir nicht zu. Dann müssen wir als SVP das Referendum ergreifen und ab Januar Unterschriften sammeln, damit die Schweizerinnen und Schweizer über diesen folgenschweren Vertrag überhaupt abstimmen können. Dafür brauchen wir euren Einsatz. Jede Unterschrift steht für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung.

Wir stehen ein Jahr vor den Wahlen. Die Bilanz der anderen Parteien ist verheerend: Mehr EU-Anbindung, mehr Regulierung, mehr illegale Migration, höhere Steuern – und immer weniger Schweiz. Wenn es darauf ankommt, knicken sie ein. Nur die SVP kämpft für unser Land.

Jede Stimme für die SVP ist ein Auftrag: Wir kämpfen für eine unabhängige Schweiz! Und wir stoppen jene, die unser Land demontieren und fremden Richtern unterstellen wollen! Es braucht mehr SVP, damit Linke und Heimatmüde die Schweiz nicht weiter zerstören.

Die Entscheidung ist klar: Wer selber bestimmen will, sagt Nein zum EU-Unterwerfungsvertrag. **Wer eine demokratische und unabhängige Schweiz will, wählt SVP.**

Bitte tragt euch schon jetzt als Unterstützer sein:

Mitmachen Unterschriften –
zum EU-Unterwerfungsvertrag

Marcel Dettling
Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz



Linke und Heimatmüde zerstören unsere Heimat, die Schweiz

Wenn wir am Wahlsonntag 2027 die zerstörerische Politik der Linken und Heimatmüden nicht stoppen, droht uns noch mehr Umverteilung, Bevormundung, Asylkriminalität, Staatswachstum und Bürokratie.



Von Manuel Strupler, Wahlkampfleiter und Nationalrat, Weinfelden (TG)

Die Schweiz steht am Scheideweg: Die eidgenössischen Wahlen vom 24. Oktober 2027 und die Volksabstimmung über den EU-Unterwerfungsvertrag entscheiden über Sein oder Nichtsein unseres Landes. Wir Stimmbürger müssen entscheiden: Wollen wir unsere Heimat den Linken und Heimatmüden überlassen oder wollen wir für **mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung, mehr Sicherheit** einstehen?

In keinem anderen Land haben die Bürger und Bürgerinnen so viel zu sagen und so viel Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand wie in der Schweiz. Doch unsere einmalige Demokratie ist in Gefahr! **Linke und Heimatmüde treten unsere erfolgreichen Werte mit Füssen** und wollen unsere Freiheit und Selbstbestimmung dem Diktat von Brüssel unterwerfen.

Auch der einzelne Bürger und die Wirtschaft sind im Würgegriff der Linken und Heimatmüden. Sie geben das Geld der anderen mit vollen Händen aus. Statt haushälterisch und sinnvoll mit den Steuermilliarden der hart arbeitenden Bevölkerung umzugehen, erhöhen sie lieber Steuern und Abgaben.

Doch unser **Erfolg kommt nicht von der linken Umverteilung**, sondern von Fleiss, Leistung und Eigenverantwortung! Die vereinigten Linken wollen uns immer mehr bevormunden: Beim Essen, Autofahren oder bei der Kindererziehung. In den Lehrplänen geht es nicht mehr um Bildung, sondern um gesellschaftspolitische Einflussnahme und die Zerstörung unserer erfolgreichen Schweizer Werte, die auf dem Christentum aufgebaut sind. Um besser zu werden, brauchen wir aber wieder eine Leistungskultur, auch an den Schulen!

Im nächsten Oktober sind nicht einfach Wahlen.
Es geht um unsere Heimat.

Wir wollen bewahren, was wir lieben.
Wir lieben unsere Familie, unser Land, unsere Freiheit, Sicherheit, Unabhängigkeit und unsere Werte!

Kämpfen wir gemeinsam gegen die Zerstörung unserer Schweiz durch Linke und Heimatmüde!

Mehr Schweiz!
SVP wählen!



MWST-Erhöhung

NEIN!

SCHWEIZER QUALITÄT

SVP

Die Partei des Mittelstandes

Linke und Heimatmüde plündern unser Portemonnaie – NEIN zur Erhöhung der Mehrwertsteuer!

Die Schweizer Stimmbevölkerung hat sich für eine 13. AHV-Rente ausgesprochen. Die Botschaft war klar: Statt noch mehr Milliarden ins Ausland zu verschleudern, soll das Geld in der Schweiz bleiben. Der Bund kann die AHV finanzieren ohne höhere Steuern für die Bevölkerung.



Von Michael Graber, Nationalrat und Stadtrat Brig-Glis (VS)

Linke und Heimatmüde tun, was sie immer tun: Sie plündern unser Portemonnaie. Statt das viele Geld, das wir dem Staat abgeben müssen, für die 13. AHV-Rente zu verwenden, verlangen sie von uns, dass wir noch mehr Geld nach Bern schicken.

Schluss damit! Die 90 Milliarden Franken, die uns der Bund jährlich aus den Taschen zieht, müssen reichen, um den Schweizern ihre gewollte 13. AHV-Rente zu zahlen.

Senden Sie nochmals eine Botschaft nach Bundesbern: Dieses Mal ein klares Nein zur AHV-Zusatzfinanzierung. Bundesbern muss endlich lernen, diszipliniert und haushälterisch mit unserem Geld umzugehen. Dazu müssen wir sie zwingen.

Beim Sparen sind die Linken und Heimatmüden viel weniger kreativ, als wenn es darum geht, neue Steuern und Abgaben auszuhecken. Der Bund verschleudert viel zu viel Geld: Jährlich **3.5 Milliarden Franken für den Asylbereich**. Jährlich **4 Milliarden Franken Entwicklungshilfe** für die ganze Welt. Und mit den neuen EU-Verträgen werden wir jedes Jahr **mindestens eine halbe Milliarde Franken in EU-Länder wie Polen, Rumänien, Bulgarien** schicken. Wir hätten also genügend Möglichkeiten, Geld für die AHV einzusparen.

> «Bundesbern muss endlich lernen, diszipliniert und haushälterisch mit unserem Geld umzugehen!»

Politiker und Beamte in Bundesbern müssen endlich lernen, das Geld diszipliniert auszugeben und Prioritäten zu setzen – so wie jeder private Haushalt das auch tun muss. In Bundesbern hat es genug Geld. Es ist unser Geld. Und **wir Schweizer** haben erste Priorität. Darum ein klares Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer.



Jetzt Mitglied werden
unter svp.ch/mitglied

Die EU-Turbos wollen den Unterwerfungsvertrag im Eiltempo durchs Parlament peitschen

Schon am 6. Juni 2027 soll über den EU-Unterwerfungsvertrag abgestimmt werden. Doch damit es überhaupt zu einer Abstimmung kommt, müssen zuerst mindestens 50'000 Unterschriften gesammelt werden.



Von Thomas Aeschi,
Nationalrat und
SVP-Fraktionspräsident,
Baar (ZG)

Der Bundesrat «*hat entschieden, das InstA nicht zu unterzeichnen und diesen Entscheid der EU heute mitgeteilt. Die Verhandlungen über den Entwurf des InstA sind somit beendet*», kommuniziert der Bundesrat am 26. Mai 2021. Unverständlicherweise nimmt der gleiche Bundesrat zehn Monate später neue Sondierungsgespräche mit der EU auf.

Am 15. Dezember 2023 kommuniziert der Bundesrat, dass neue Abkommen bei Strom und Lebensmittelsicherheit, «*der Schweiz den Aufbau bzw. die Weiterführung von Kooperationen in Bereichen, die für die Schweiz sehr wichtig sind*», ermöglichen. Genau diese Bereiche sind nun selbst zur Hypothek geworden. Im Energiebereich unter anderem wegen der Kopplung der Konsumentenpreise an die EU-Börse und des Zwangs zur Strommarktliberalisierung. Und bei der Lebensmittelsicherheit, weil Direktvermarkter oder regionale Spezialitäten wie Rohmilchkäse durch die EU-Bürokratie bedroht würden, und weil neu EU-Vorgaben inklusive EU-Kontrolleure bei Tieren und Pflanzen zur Anwendung kämen.

In einer Hauruckübung wird nun versucht, den institutionellen Teil des Pakets mit der dynamischen **Rechtsübernahme, dem EU-Gerichtshof, der Unionsbürgerrichtlinie inklusive noch mehr Zuwanderung und EU-Daueraufenthaltsrecht, den Milliardenzahlungen und dem EU-Beihilferecht** in der Wintersession durch beide Räte zu peitschen, damit eine Volksabstimmung bereits am 6. Juni 2027 stattfindet. Es soll nur ein fakultatives Referendum geben, statt das obligatorische, wie vom Ständerat gefordert. Dies würde bedeuten, dass die SVP ab dem 5. Januar 2027 mindestens 50'000 Unterschriften mit Frist 15. April 2027 sammeln müsste, **damit es überhaupt eine Volksabstimmung über dieses schädliche Vertragswerk gibt.**

Wir bitten Sie bereits heute, uns mit aller Kraft beim Sammeln der Unterschriften gegen dieses – die Schweiz zerstörende – Vertragswerk zu unterstützen. Das Paket Schweiz-EU ist schlicht ein schlecht verhandelter Vertrag und es gibt nur eine einzige Antwort auf dieses Vertragsmonster: Ein entschiedenes Nein – im Parlament, an der Urne und durch die Stände!

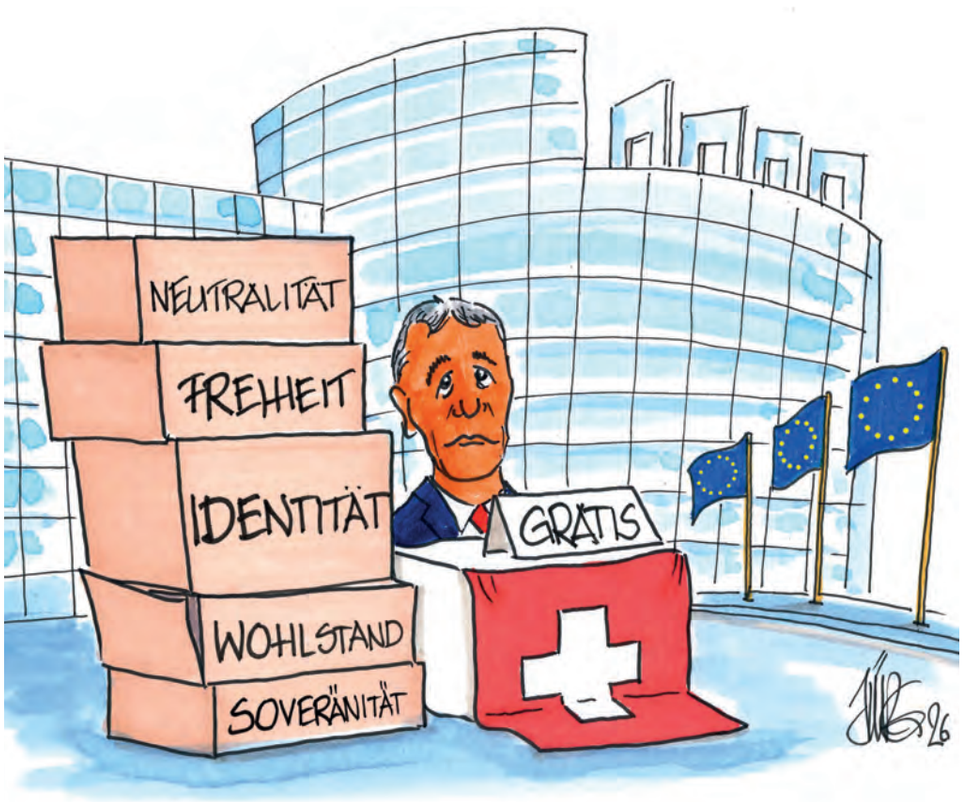


Linke und Heimatmüde verraten die Schweiz an die EU

Linke und Heimatmüde haben genug von der Schweiz! Lieber wollen sie unser Land an die EU verscherbeln. Es ist ein Verrat an unserer Demokratie, an unseren Volks- und Ständerechten!



Von Magdalena Martullo-Blocher, Nationalrätin, Lenzerheide (GR) und Meilen (ZH)



Im Bundesrat, in der Verwaltung und im Parlament sitzen Politiker, denen Brüssel näher ist als das eigene Volk. Sie behaupten, die «Bilateralen III» brächten Rechtssicherheit und Stabilität. Doch die EU kann Recht einseitig weiterentwickeln, das wir übernehmen müssen. Das ist keine Beziehung auf Augenhöhe! Es ist ein Vertrag, der uns fremdes Recht aufzwingt und uns fremden Richtern unterstellt.

Die schweizmüden Euroturbos wissen, dass viele Schweizerinnen und Schweizer dieses EU-Diktat ablehnen, wenn sie merken, worauf sie sich einlassen. Darum wird das Vertragspaket im Schnellverfahren durch die Parlamente gepeitscht. Über die weitreichenden Folgen wird viel zu wenig öffentlich diskutiert. Das Kurzfazit lautet: **Die EU befiehlt, wir unterwerfen uns und zahlen sogar noch dafür.**

Die wirkungslose «Schutzklausel» mit ihren neun «Kann»-Bestimmungen wird unser Land nicht schützen. Mit dem neuen Daueraufenthaltsrecht könnten Hunderttausende Ausländer dauerhaft in der Schweiz bleiben – auch wenn sie Sozialhilfe beziehen oder sogar kriminell werden. Die Folgen für unsere Sozialwerke sind ruinös.

Immerhin hat der Ständerat erkannt, dass die Schweiz mit dem Vertrag ihre Souveränität verliert, und sich für eine obligatorische Volksabstimmung mit Ständemehr ausgesprochen. Der **Nationalrat, in dem die linken und heimatmüden EU-Turbos die Mehrheit haben**, wird das Ständemehr wieder streichen. Das Volk und die Stände sollen schon jetzt möglichst nichts mehr zu sagen haben.

Die Volksabstimmung könnte bereits am 6. Juni 2027 stattfinden. Wir dürfen keinen einzigen Tag verlieren! Wir müssen jetzt schon breit informieren und Widerstands-Komitees bilden – auch mit anderen Parteien, Verbänden und Gruppierungen. **Das NEIN zum EU-Unterwerfungsvertrag ist keine parteipolitische Frage.**

1992 sagte das Volk Nein zum EWR. Der vorhergesagte Untergang der Schweiz blieb aus. Unser Land floriert, und unsere direkte Demokratie ist weiterhin ein starkes Fundament für Wirtschaft und Wohlstand.

Wir müssen jetzt aufwachen!

Nur WIR – das Volk – können diesen Wahnsinn noch stoppen!

Fünfzehn Ständerätinnen und Ständerä SVP stimmen gegen den EU-Unterwerfu

Der Widerstand gegen das EU-Vertragspaket wächst. Das zeigte die EU-Debatte im September im Ständerat.

Folgende 15 Ständerätinnen und Ständeräte stimmten Nein: **MCG**-Ständerat **Mauro Poggia** (GE) und die vier **FDP**-Ständeräte **Severin Brüngger** (SH), **Thierry Burkart** (AG), **Martin Schmid** (GR) und **Hans Wicki** (NW). **Mitte**-Ständerätin **Heidi Z'graggen** (UR) und ihre Kollegen **Daniel Fässler** (AI), **Peter Hegglin** (ZG) und **Beat Rieder** (VS). **SVP**-Ständerätin **Esther Friedli** (SG) und ihre fünf Kollegen **Marco Chiesa** (TI), **Hannes Germann** (SH), **Werner Salzmann** (BE), **Pirmin Schwander** (SZ), **Jakob Stark** (TG).

Worum geht es beim EU-Unterwerfungsvertrag? Die Schweiz müsste mit einem Schlag 20'000 Seiten EU-Regulierungen übernehmen – und auch das ganze künftige EU-Recht, das wir gar nicht kennen. Zum Beispiel im Bereich der Zuwanderung. Nicht mehr wir Schweizerinnen und Schweizer haben das Sagen, sondern die EU-Kommissare, EU-Bürokraten und EU-Richter.



Hannes Germann
Ständerat (SH), SVP

«Mit einem Ja zu den monströsen Vertragswerken würde die Schweiz nicht nur in finanzieller und wirtschaftlicher Hinsicht mehr geschwächt als gestärkt, sondern vor allem auch in direkt-demokratischer Hinsicht. Dort würde sogar ein irreversibler Schaden entstehen.»



Martin Schmid
Ständerat (GR), FDP

«Würde ein Unternehmer einen solchen Vertrag unterschreiben? Ich glaube nicht, denn die dynamische Rechtsübernahme kann zu Situationen führen, die es bisher nicht gab. Bei jedem anderen Vertrag können wir darauf hinweisen, was unterschrieben wurde. Die Rechtsanpassung jemand anderem zu überlassen, ist für mich jedoch ein wesentliches Problem.»



Daniel Fässler
Ständerat (AI), Die Mitte

«Heute sind wir in diesem Haus auf Bundesebene der Gesetzgeber. Künftig würde die Initiative für neue Regeln weder vom Bundesrat noch von uns im Parlament ausgehen, sondern von der EU-Kommission.»



Beat Rieder
Ständerat (VS), Die Mitte

«Würde ich jemals einen Vertrag unterzeichnen, dessen künftigen Vertragsinhalt ich nicht kenne und den ich nicht mitentscheiden, sondern nur mitberaten kann? Ich würde das nie tun.»

«Wenn Sie auf Souveränität verzichten, um ein wenig vorübergehenden Wohlstand zu erreichen, dann werden Sie zuerst die Souveränität verlieren und anschliessend auch den Wohlstand.»



Werner Salzmann
Ständerat (BE), SVP

«Meine Abwägungen sind klar: Der Verlust unserer Rechte, unserer Eigenständigkeit, wiegt gegenüber den wirtschaftlichen Vorteilen deutlich schwerer.»

te aus Mitte, FDP, MCG und ngsvertrag!



Esther Friedli
Ständerätin (SG), SVP

« Der Titel der vorliegenden Verträge geht in Richtung eines Etikettenschwindels: Es sind nicht die Bilateralen III, sondern es ist ein Teilbeitritt unseres Landes zur Europäischen Union, einfach ohne Mitsprache und ohne Mitbestimmung. »



Peter Hegglin
Ständerat (ZG), Die Mitte

« Ich bin ein überzeugter Föderalist. Ich will nicht, dass die EU der Schweiz künftig die Gesetzgebung diktiert. »

« Interessant ist auch, dass sich der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse bei jeder Gelegenheit über die Zunahme der Regulierung in der Schweiz beklagt, hier aber die Regulierungswut der EU nicht erwähnt, sondern sogar sagt, man solle sie übernehmen. »



Marco Chiesa
Ständerat (TI), SVP

« Wenn die Schweizer Bevölkerung anders abstimmt, als die EU will, darf die EU uns mit Ausgleichsmassnahmen abstrafen. Das ist eine Zwangsjacke für unsere direkte Demokratie. »



Pirmin Schwander
Ständerat (SZ), SVP

« Die effektiven Auswirkungen dieser Vorlage sind weder absehbar noch vorhersehbar. Wir tauchen ab in eine Unterwelt der Unsicherheiten, in ein Labyrinth ohne Ausgang. »



Mauro Poggia
Ständerat (GE), MCG

« Unser Bundesgericht wäre somit nicht mehr die höchste richterliche Instanz, sondern dem Gerichtshof der Europäischen Union untergeordnet. »



Heidi Z'graggen
Ständerätin (UR), Die Mitte

« Manchmal frage ich mich, wann genau wir in der Schweiz aufgehört haben, stolz auf unsere Freiheit, auf unaser einzigartiges politisches System zu sein. »

« Wenn das Volk oder das Parlament neues Recht ablehnt, darf die EU uns mit sachfremden, sektionsübergreifenden Ausgleichsmassnahmen – ich sage das Wort jetzt halt – abstrafen. […] Es ist eines souveränen Staates unwürdig, wenn ein externer Akteur ihn vertraglich bestrafen darf. »



Jakob Stark
Ständerat (TG), SVP

« Dieser Paradigmenwechsel von einer freiwilligen zu einer generell obligatorischen Übernahme des EU-Rechts stellt für mich nichts anderes als – ich muss es in dieser Deutlichkeit sagen – eine Teilintegration der Schweiz in die EU dar. »



Wie in die Zukunft der Schweiz investieren?

Axpo deckt rund 40 Prozent des Schweizer Strombedarfs mit einem zuverlässigen, CO_2-armen Strommix aus Wasserkraft, Kernenergie und Biomasse, zunehmend ergänzt durch Solar- und Windenergie.

Mehr als 5000 engagierte Mitarbeitende in der Schweiz arbeiten täglich daran, die Versorgung zu stärken. Pro Jahr investieren wir mehrere Hundert Millionen Franken in neue und bestehende Kraftwerke sowie in die Stromnetze. In den letzten Jahren hat Axpo die Mehrheit der Investitionen in der Schweiz getätigt und plant für die kommenden Jahre Investitionen von rund zwei Milliarden Franken in die hiesige Energieinfrastruktur.

Damit aus Energie-Vielfalt Versorgungssicherheit wird.

Mehr erfahren – QR-Code scannen.

axpo

Heiratsstrafe abschaffen – aber richtig!

Die Heiratsstrafe muss weg. Doch dafür brauchen wir keinen kompletten Umbau des Steuersystems. Die Fairness-Initiative schafft die steuerliche Benachteiligung von Ehepaaren ab, ohne neue Bürokratie zu schaffen.

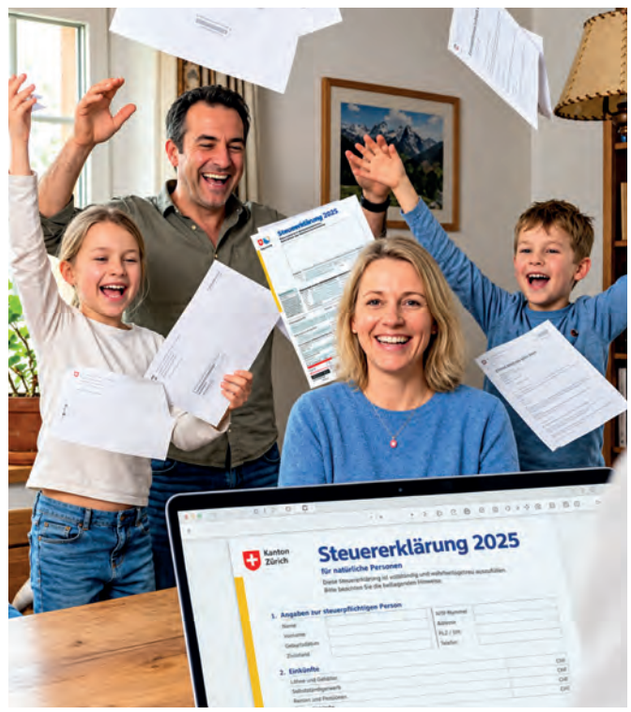


Von Katja Stettler-Riem, Nationalrätin, Kiesen (BE)

Diesen Sommer haben mein Mann und ich geheiratet – aus Überzeugung und mit Blick auf unsere gemeinsame Zukunft. Wir übernehmen gemeinsam Verantwortung für unseren Landwirtschaftsbetrieb und bald auch für unser Kind. Wir teilen Arbeit, Zeit und Finanzen. **Genau dafür ist die Ehe da: Man steht füreinander ein. Der Staat profitiert davon, wenn Familien füreinander Verantwortung übernehmen.** Sie dafür steuerlich zu bestrafen, ist falsch.

Dass die Heiratsstrafe abgeschafft werden muss, ist **unbestritten**. Die Frage ist nur: Wie? Die **Individualbesteuerung**, die das Volk angenommen hat, bringt einen grundlegenden Systemwechsel. Künftig müssen Ehepaare zwei Steuererklärungen ausfüllen. Einkommen, Vermögen und Abzüge müssen individuell zugeordnet werden. Bei gemeinsamen Betrieben, Liegenschaften oder Familienvermögen wird das **kompliziert**. Zudem braucht es bei den Steuerverwaltungen zusätzliches Personal. Der Kanton St. Gallen beispielsweise rechnet mit **zusätzlichen Lohnkosten** von fast **9 Millionen Franken**.

Die SVP will **Bürokratie abbauen**, nicht neue schaffen. Die **Fairness-Initiative** bietet glücklicherweise eine **einfachere Lösung**: Ehepaare bleiben eine steuerliche Einheit, werden bei der direkten Bundessteuer aber nicht mehr benachteiligt. Die Steuer kann mit der Initiative gemäss dem Splitting-Modell berechnet werden. Ein unkompliziertes Prinzip auf der Basis der Hälfte des gemeinsamen Einkommens. Dieses Splitting-Modell hat sich bereits in mehreren Kantonen bewährt. Die alternative Steuerberechnung (Vergleich zwischen der Ehepaar- und individueller Besteuerung) sorgt zudem dafür, dass Ehepaare gesichert den tieferen Steuerbetrag bezahlen.



Nur die Fairness-Initiative entlastet die Familien wirklich.

Die Heiratsstrafe muss weg. Aber mit einer einfachen, vernünftigen Lösung statt mit einem Bürokratie-Monster.

Darum am 29. November JA zur Fairness-Initiative!

Parolen der Delegierten der SVP Schweiz

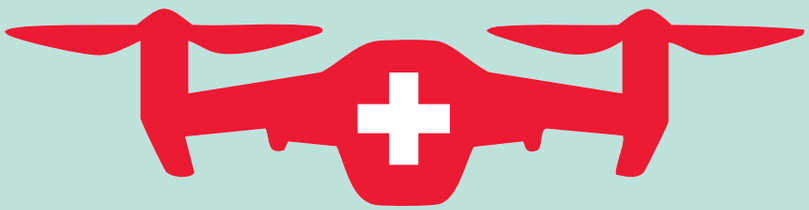
NEIN Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer

JA Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare – Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen!»

NEIN Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»

JA Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial

MODERNE SICHERHEIT BRAUCHT MODERNE GESETZE.



JA ZUR ANPASSUNG DES KRIEGSMATERIAL-GESETZES (KMG)

GLP · Die Mitte · FDP · SVP – Die Partei des Mittelstandes

economiesuisse · SWISSMEM · VMG ASM ASM · SOG | SSO | SSU Schweizerische Offiziersgesellschaft Société Suisse des Officiers Società Svizzera degli Ufficiali · Allianz Sicherheit Schweiz



Wir unterstützen Sie gerne bei Ihrer Kampagne.

Melden Sie sich bei uns!

info@blickfaenger.ch | 043 499 24 19

blickfänger.ch
Auffallend mobil. Auffallend günstig.

JA zum Kriegsmaterialgesetz – ist ein JA zu unserer Verteidigungsfähigkeit

Wer eine bewaffnete Neutralität will, braucht eine eigene Rüstungsindustrie. Ein Ja zum Kriegsmaterialgesetz stärkt unsere Verteidigungsfähigkeit und schafft verlässliche Regeln.



Von Michael Götte,
Nationalrat,
Tübach (SG)

Das heutige Kriegsmaterialgesetz ist eine gefährliche Zwangsjacke. Der Bundesrat hat keinen Spielraum. Er muss über die Ausfuhr von Rüstungsgütern zum Zeitpunkt des Konflikts entscheiden. Für unsere Partner in Europa ist die Schweiz damit unberechenbar geworden. Und wer unberechenbar ist, bei dem kauft man nicht mehr ein. Spezialisierte Firmen verlagern ihre Produktion ins Ausland. Es gibt Entlassungen und Kurzarbeit.

Diese Fehlentwicklung muss korrigiert werden. **Was wird mit dem neuen Kriegsmaterialgesetz KMG geändert? Drei Dinge:**

1. Der Bundesrat entscheidet über die Ausfuhrregeln neu zum Zeitpunkt des Kaufs des Rüstungsmaterials und nicht mehr im Konfliktfall.
2. Die Weitergabe von Gütern, die in der Schweiz gekauft wurden, ist grundsätzlich erlaubt.
3. Partnerstaaten können auch im Konfliktfall beliefert werden.

Und jetzt kommt ein Punkt, der für uns als SVP entscheidend ist: Der Bundesrat behält ein Veto. Er kann aus aussen-, sicherheits- oder neutralitätspolitischen Gründen von diesen Grundsätzen abweichen. Er kann die Weitergabe einschränken oder eine Lieferung verbieten. Das Kriegsmaterialgesetz stärkt also unsere Neutralität. Denn der Bundesrat entscheidet frühzeitig und nach klaren Regeln und kommt nicht mehr mitten in einem Konflikt unter Druck.

Wir brauchen eine eigene Rüstungsindustrie

Das neue Kriegsmaterialgesetz stärkt unsere heimische Rüstungsindustrie und damit unsere Verteidigungsfähigkeit. Ohne eigene Rüstungsindustrie wird unsere Armee zur Fassade. Wir können neue Technologien nicht selbst integrieren und unsere eigenen Systeme nicht selbstständig unterhalten. Und bei Beschaffungen sitzen wir am kürzeren Hebel. Wer eine bewaffnete Neutralität will, und das wollen wir, braucht eine eigene Rüstungsindustrie.

Moderne Sicherheit braucht moderne Gesetze. Wenn wir uns verteidigen wollen, brauchen wir eine eigene Rüstungsindustrie. Wenn wir Arbeitsplätze und Lehrstellen in der Schweiz halten wollen, brauchen wir verlässliche Regeln.

Sagen Sie am 29. November JA zum Kriegsmaterialgesetz.



Kia EV3 4×4

Ab CHF 34’950.–* | CHF 365.–/Mt.**

Durchstarten mit

0%

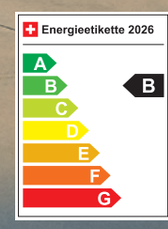
Leasing

Kundenvorteil von bis zu CHF 5600.–*** (inkl. Winterkompletträder)



Movement that inspires

Mehr erfahren.



Abgebildetes Modell: Kia EV3 GT 81.4 kWh, CHF 58’950.–. ***Preisvorteil CHF 2000.– sowie 20-Zoll- Winterkompletträder im Wert von CHF 3600.– (inkl. MwSt.), Metallic-Lackierung CHF 750.–, (inkl. MwSt.), 17.4 kWh/100 km, 19 g CO_2/km, Energieeffizienzkategorie B. Kia EV3 Air 58.3 kWh., CHF 34’950.–, Prämie von CHF 2000.– bereits abgezogen, sowie 17-Zoll- Winterkompletträder im Wert von CHF 2760.– (inkl. MwSt.), Metallic-Lackierung CHF 750.–, (inkl. MwSt.), 14.9 kWh/100 km, 16 g CO_2/km, Energieeffizienzkategorie B. **Rechnungsbeispiel 0%-Leasing: Kia EV3 Air 58.3 kWh, CHF 34’950.–, Prämie von CHF 2000.– bereits abgezogen, Leasingrate: CHF 365.– monatlich, Leasingzins: 0,00%, eff. Leasingzins: 0,00%, Laufzeit: 24 Monate, 10’000 km/Jahr, Sonderzahlung: 20% (nicht obligatorisch), obligatorische Vollkasko nicht inbegriffen. Nur gültig bei gleichzeitigem Abschluss eines Kia Protect Versicherungsproduktes. Leasingpartner ist die MultiLease AG. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, wenn sie zur Überschuldung der Konsumentin oder des Konsumenten führt. Durchschnitt aller in der Schweiz verkauften Neuwagen: 111 g CO_2/km nach neuem Prüfzyklus (WLTP). Angebot gültig bis 30.11.2026. Solange Vorrat (bei teilnehmenden Kia Partnern). Nicht kumulierbar mit Flottenkonditionen. Angebot gilt nicht für Grauimporte. Änderungen vorbehalten.

Ein Staatsmann, der seinen Wurzeln treu blieb

Während Guy Parmelin sich darauf vorbereitet, aus dem Bundesrat auszuscheiden, möchte ich einen bemerkenswerten Staatsmann, einen geschätzten Kollegen und einen treuen Freund würdigen. Sein politisches Wirken zeugt von einem tiefen Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Schweiz und einer engen Verbundenheit mit unserem Land und seinen Institutionen.



Von Pierre-André Page, Präsident des Nationalrats, Châtonnaye (FR)

Es gibt Persönlichkeiten, die das politische Leben unseres Landes nicht nur durch ihre Entscheidungen prägen, sondern auch durch ihre Haltung und ihr Auftreten. Guy Parmelin gehört zweifellos dazu. **Hinter dem Bundesrat habe ich stets den bodenständigen Menschen erlebt,** der seinen Wurzeln und den Werten, die unsere Schweiz stark machen, tief verbunden geblieben ist.

Als Nationalratspräsident möchte ich Guy Parmelin meine tiefe Anerkennung für seinen Einsatz im Dienste unseres Landes aussprechen. Über all die Jahre hat er seine Aufgabe mit Ernsthaftigkeit, Pragmatismus und ausgeprägtem Pflichtbewusstsein wahrgenommen. Er verstand es, die Interessen der Schweiz entschlossen zu vertreten, ohne jene Bescheidenheit und Volksnähe zu verlieren, die ihn auszeichnen.

Doch auch als Parteikollegen und Freund möchte ich ihn würdigen. **Uns verbindet die Liebe zu unserer Heimat, zu unserer Landwirtschaft, zu unserer Unabhängigkeit und zu unseren Traditionen.** An Guy habe ich stets seine Offenheit, seine Standhaftigkeit und seine Fähigkeit geschätzt, sich selbst treu zu bleiben – unabhängig davon, welche Verantwortung er gerade trug.

Sein Ausscheiden markiert zweifellos das Ende eines bedeutenden Kapitels unserer politischen Geschichte. In Erinnerung bleiben wird vor allem ein Mensch, der nie vergessen hat, woher er kam und wen er vertrat.

Lieber Guy, vielen Dank für deinen Einsatz, deine Freundschaft und alles, was du für unser Land geleistet hast. Dir und deiner Familie wünsche ich einen glücklichen und wohlverdienten neuen Lebensabschnitt.



Quelle: WBF

NEIN
zum EU-Unterwerfungsvertrag



☞ JETZT MITMACHEN

Bestellen Sie Ihr Abstimmungsmaterial!

☐ Ich bin bereit, (Anzahl) ..... **Unterschriften** für das Referendum gegen den EU-Unterwerfungsvertrag zu sammeln. Bitte schicken Sie mir, sobald verfügbar, genügend Referendumsbögen zu.

☐ Ich bestelle eine **Fahne «Bewahren, was wir lieben»** (120 cm x 80cm) zum Preis von: 10 Franken (Auslieferung ab Januar 2027).

☐ Ich bin bereit, ein **Hohlkammer-Plakat** (89,5 cm x 128 cm) aufzustellen.

☐ Ich bestelle einen **Hellebarden-Pin** zum Preis von: 8,50 Franken.

Fahne



Hohlkammer-Plakat



Hellebarden-Pin

Online mitmachen und unterstützen!

☞ Ich unterstütze den EU-Abstimmungskampf gegen den Unterwerfungsvertrag **mit einer Spende**.

☞ Ich möchte auf dem Laufenden bleiben und melde mich für den **Newsletter** an.

☞ Unterstützen Sie unseren Kampf gegen den EU-Unterwerfungs-vertrag mit einem **Testimonial**.

Ihre Bestelladresse:

Vorname: _____ Name: _____

Strasse: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon/Mobile: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____ Ich möchte informiert bleiben: ☐

Für eine Schweiz ohne EU-Anbindung,
c/o SVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern, Telefon: 031 300 58 58

Oder Foto machen und an gs@svp.ch **schicken.**

unterwerfungsvertrag.ch

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes